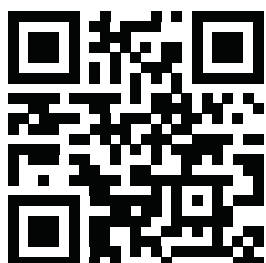


BLICK AUF BRÜSSEL

Ihre AfD-Delegation informiert über die Arbeit im EU-Parlament



BLICK AUF BRÜSSEL jetzt
im Abo kostenlos
nach Hause bestellen:

<https://blickaufbruessel.eu/abo/12/dl>

12

Christine Anderson verklagt YouTube
Gunnar Beck kritisiert „transnationale Listen“
Markus Buchheit protestiert gegen Kriegstreiberei
Nicolaus Fest deckt Grünen-Lobbyismus auf
Joachim Kuhs fordert Erhalt des Vetorechts
Sylvia Limmer warnt vor der Entwaldungs-Verordnung
Guido Reil kämpft für höhere Lohnabschlüsse
Bernhard Zimniok illustriert den Bevölkerungsaustausch

Lieber Leser,

Deutschland ist mit Abstand der größte Nettozahler der EU-Mitgliedstaaten. Das ist nichts Neues und sicher haben Sie das schon gewusst. Kaum bekannt ist, dass die genauen Beträge der Zahlungen seit einigen Jahren nicht mehr veröffentlicht und wie ein Staatsgeheimnis unter Verschluss gehalten werden.

Nach den zuletzt für 2021 mir vorliegenden Zahlen hat Deutschland über 22 Milliarden Euro mehr in die Töpfe der EU einbezahlt, als herausbekommen. Polen ist mit rund 13 Milliarden der größte Nutznießer dieser gigantischen Umverteilung Ihrer Steuergelder. Der 750 Milliarden schwere Wiederaufbaufonds, der im Gefolge der selbstgestrickten Corona-Pandemie schnell und außerhalb des regulären Haushalts der EU aufgelegt wurde, wird unseren Nettobeitrag massiv erhöhen und das Missverhältnis von Nettozahlern zu Bruttoempfängern weiter verschärfen.

Ungeachtet dieser „Sünden“ ersinnen die EU-Oberen weitere Maßnahmen, um die neue, woke und globalistische „ever closer union“ uns überzustülpen. Einige dieser „Grausamkeiten“ finden Sie in diesem „Blick auf Brüssel“.

Nicolaus Fest berichtet über die ungebremste Einflussnahme auf die Gesetzgebung durch Berufslobbyisten. Die deutsche EU-Abgeordnete Jutta Paulus steht hier konkret für die Doppelmoral der Grünen. Wie sich Umwelt-Gesetze zu einem neuen „EU-Imperialismus“ entwickeln, beschreibt Sylvia Limmer anschaulich anhand der aktuellen Entwaldungs-Verordnung. Von Markus Buchheit erfahren Sie, wie die EU den Krieg in der Ukraine ausnutzt, um weitere Zuständigkeiten von den Hauptstädten weg nach Brüssel zu verlagern. Guido Reil beschreibt die Nachteile der EU-Politik für die Rechte der Arbeitnehmer. Gunnar Beck und ich warnen vor den nächsten Versuchen, die nationale Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten weiter zu beschneiden.

Die Folgen der ungesteuerten Massenmigration erleben wir leider gerade in Frankreich. Droht uns der Ausnahmezustand auch in Deutschland? Bernhard Zimniok verdanken wir eine systematische Analyse der Bevölkerungsperspektiven aufgrund der Masseneinwanderung nach Deutschland. Die Studie können Sie auf Seite 33 mit einem QR-Code auf ihr Mobiltelefon laden und an Freunde weiterleiten.

Mögen Sie YouTube? Dann lesen Sie den Bericht von Christine Anderson. YouTube blockierte nämlich ohne konkreten Grund die Mitschnitte von öffentlichen Sitzungen des Sonderausschusses zur Covid-19-Pandemie des EU-Parlaments. Zensur ist ihre Sache nicht, und deswegen verklagt Christine Anderson jetzt YouTube, um Zensur zu bekämpfen!

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre. Wenn Sie den „Blick auf Brüssel“ durchgelesen haben, dann geben Sie ihn an Ihre Nachbarn, Freunde und Bekannte weiter. Sie können ebenfalls abonnieren, um keine Ausgabe in Zukunft zu verpassen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Lesegewinn!
Mit besten Grüßen aus Brüssel,



Ihr Joachim Kuhs, MdEP (kommissarischer Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament)



Christine Anderson

Jetzt reicht's: Ich verklage YouTube!

4

Für Sie abgestimmt:

Strompreise senken und Versorgungssicherheit garantieren!

7



Gunnar Beck

EU-Wahlreform:

Transnationale Listen gefährden deutsche Demokratie!

8



Markus Buchheit

Brüssel: Pure Kriegstreiberei statt Verhandlungslösungen!

12



Nicolaus Fest

Grüne: Die Partei der Lobbyisten!

16

Unseren Newsletter bestellen

19



Joachim Kuhs

Abschaffung Einstimmigkeitsprinzip:

EU auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa?

20

Die bisherigen Ausgaben „Blick auf Brüssel“

23



Sylvia Limmer

Entwaldungs-Verordnung: Ein neuer EU-Imperialismus?

24



Guido Reil

Sozialpartner: Stärkung durch Autonomie und Freiheit!

28



Bernhard Zimniok

Der Bevölkerungsaustausch in Deutschland –
und wie wir ihn noch abwenden können

32

BLICK AUF BRÜSSEL jetzt im Abo

35

Besuchen Sie uns im EU-Parlament!

36

Social Media Kontakte

38

Fraktion Identität & Demokratie

39

Impressum

40



Im September 2022 sperrte YouTube gleich zwei meiner Videos, in welchen ich über meine Arbeit im COVID-Sonderausschuss berichtete. Als Begründung diente dem Videoportal hierbei lediglich die schwammige Bezugnahme auf eine eigene Richtlinie über sogenannte „medizinische Fehlinformationen“, ohne dabei auch nur ansatzweise anzugeben, welche Informationen (Prävention, Diagnose, Behandlung, Übertragung usw.) falsch gewesen sein sollten.

YouTube sperrt Videos aus parlamentarischen Sitzungen

Es handelt sich bei beiden Sperrungen um Videoaufzeichnungen des EU-Parlamentes aus den öffentlichen Sitzungen des offiziellen „Sonderausschuss zu den Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie und Empfehlungen für die Zukunft“, kurz: „COVI-Ausschuss“.

Meine Kollegen und ich wollten, als vom Volke der jeweiligen Mitgliedsstaaten gewählte EU-Parlamentarier, von den Vertretern des Pharmakonzerns AstraZeneca

wissen, weshalb hunderte Millionen Menschen über die Wirksamkeit der „Impfung“ hinsichtlich Ansteckung und Übertragung belogen wurden. Wir wollten auch wissen, weshalb kaum getestete Stoffe ohne ausreichend valide Datengrundlage massenweise „verimpft“ wurden. Und wir wollten wissen, weshalb multinationale Konzerne wie etwa Pfizer, AstraZeneca, Moderna oder Sanofi Pasteur einerseits Milliardengewinne einstreichen, jedoch andererseits sämtliche Haftungen und Garantien auf die Regierungen und damit auf

JETZT REICHT'S:

ICH VERKLAGE YOUTUBE!

von Christine Anderson

Foto: Shutterstock

jeden einzelnen Bürger abwälzen können.

Lasse mir antidemokratische Sperrungen nicht bieten

Zusammen mit den Löschungen drohte mir YouTube zugleich auch die dauerhafte Sperrung meines Abgeordneten-Accounts an, sollte noch einmal ein weiteres Video von mir „beanstandet“ werden. Spätestens damit war jetzt der Punkt erreicht, an dem ich mich endgültig dazu entschied, juristisch gegen diese offensichtliche Willkür vorzugehen. Ich

lasse mir meinen Mund nicht verbieten – weder von „Lieschen Lumpenmüller“ noch von YouTube oder seinem Mutterkonzern Google.

Nach mehreren Anwaltsschreiben knickte YouTube schließlich ein und schaltete meine Videos wieder frei. Dies geschah jedoch völlig kommentarlos. Zudem kam YouTube meinen Aufforderungen bis heute nicht nach, eine Definition der sogenannten „medizinischen Fehlinformationen“ abzugeben sowie sich zu den Sperrungen näher zu äußern.

Deshalb habe ich nun eine Un-

terlassungs- und Feststellungsklage gegen YouTube beim Landgericht Fulda eingereicht. Damit soll einerseits erreicht werden, dass sich derartige Sperrungen nicht wiederholen, und andererseits festgestellt werden, dass die bisherigen Sperrungen rechtswidrig waren.

Für Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit

Ich will – auch im Sinne aller freiheitsliebenden Bürger – die Zensurmechanismen auf YouTube hinterfragen. Die grundlosen Sperrungen

von Videos auf meinem Kanal – welche die höchstzweifelhaften Vorgänge rund um Big Pharma und die Rolle der EU dokumentieren – werfen schwere, antidemokratische Bedenken auf.

Plattformen wie YouTube sollen im politischen Rahmen dazu dienen, dass sich Bürger ein Bild machen können, welche Partei und welche Politiker ihre Anliegen am besten vertreten. Eine Zensur dieser Art lässt mutmaßen, dass bestimmte Abläufe und Meinungen den Wählern schlicht unzugänglich gemacht werden sollen. Das ist Manipulation und Zensur!

Als deutsche EU-Abgeordnete und engagierte Verfechterin von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Sinne der uneingeschränkten Volksherrschaft, sehe ich mich in der Pflicht, jeglicher Einflussnahme privater oder staatlicher Stellen auf die freie Meinungs- und Willensbildung entschieden entgegenzutreten. Insbesondere dann, wenn diese auch noch heimlich und für den außenstehenden Betrachter unsichtbar erfolgt.

Zugleich muss auch für die Ersteller von Online-Inhalten stets klar sein, aufgrund welcher Regeln Plattformanbieter wie YouTube agieren. Schwammige Leitlinien oder „Geheimparagrafen“, die letztlich völlig willkürlich überdehnt und jederzeit uminterpretiert werden können, sind maximal intransparent und öffnen der Willkür Tür und Tor.

Klage mit guten Chancen auf Erfolg

Stellen Sie sich einmal vor, sie würden morgen einen Strafzettel vom Ordnungsamt oder einen Strafbefehl vom Amtsgericht erhalten, ohne dass man Ihnen Ihr genaues Vergehen mitteilt, noch das Gesetz benennt, gegen das Sie verstossen haben sollen. Dies mag in den wirren Gedankenwelten eines Franz Kafka

so funktionieren, aber ganz sicher nicht in einem funktionierenden Rechtsstaat. Auch aus diesem Grund sehe ich mit meiner Klage eine gute Chance, der Erosion demokratischer Grundprinzipien erfolgreich entgegenzuwirken.

Eine unkontrollierte Einflussnahme dieses Ausmaßes lasse ich mir nicht gefallen, weshalb ich nun die nötigen juristischen Schritte eingeleitet habe, um einerseits seit Monaten ausstehende Antworten zu erhalten und andererseits dafür zu sorgen, dass allen Bürgern jederzeit der ungefilterte Zugriff auf relevante Informationen möglich ist.

Unter den folgenden Links finden Sie die beiden vormals gesperrten Videos:

Abgeordnete teilen aus!

https://www.youtube.com/watch?v=awLzk_H9Hy0

Lektion gelernt?

<https://www.youtube.com/watch?v=Qoo4P8pEjbE>



Christine Anderson, MdEP:

- Ausschuss für Kultur und Bildung (Sprecherin der Fraktion)
- Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (Sprecherin der Fraktion)
- Untersuchungsausschuss zum Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware
- Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
- Sonderausschuss zu den Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie und Empfehlungen für die Zukunft
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Biologische Vielfalt, Jagd und ländlicher Raum
- zuständig für Hessen

E-Mail: christine.anderson@europarl.europa.eu

Telefon: +32 2 28 45841



FÜR SIE ABGESTIMMT: KERNKRAFT STÄRKEN UND VERSORGUNGSSICHERHEIT GARANTIEREN!

Das EU-Parlament „bedauert, dass in den verschiedenen Plänen der EU zur Reaktion auf das US-Gesetz zur Senkung der Inflation die Kernenergie als Stromquelle nicht gebührend berücksichtigt wird; betont, dass unzureichende Investitionen in die derzeitige und künftige Kernenergie zu Wettbewerbsverlusten für Unternehmen in der EU sowie zu höheren Preisen für Verbraucher führen werden;“

Quelle: Bericht (A9-0183/2023), Änderungsantrag 18 (A9-0183/18), Entschließungsantrag Ziffer 14 a (neu),

Geänderter Text: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0183-AM-018-018_DE.pdf



Quelle Abstimmungsergebnis: A9-0183/2023 - René Repasi - Après le § 14 - Am 18, Seiten 29 & 30:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PV-9-2023-06-13-RCV_FR.pdf

Noch im September 2022 sprachen sich CDU, CSU und FDP für einen dauerhaften Weiterbetrieb deutscher Kernkraftwerke aus, die sie zuvor vom Netz nehmen wollten. Das war eine begrüßenswerte Ankündigung zur Korrektur ihrer falschen Politik. Doch nun, kein Jahr später, tun CDU, CSU und FDP exakt das Gegenteil und stimmen im EU-Parlament gegen Kernenergie und damit für eine mögliche Energieversorgungskrise.

Das zeigt: Mit Union und FDP wird es keine grüne und günstige Kernenergie geben. Deren Bekenntnis zur Kernenergie und Energieversorgungssicherheit ist nichts als billiger Wetterfahnenpopulismus. Die einzige Partei, die glaubhaft zur Kernenergie und deren Weiterentwicklung steht, ist und bleibt die Afd.

EU-WAHLREFORM: TRANSNATIONALE LISTEN GEFÄHRDEN DEUTSCHE DEMOKRATIE!

von Dr. Gunnar Beck



Die EU-Kommission und das EU-Parlament wollen den Bürgern ein neues Wahlgesetz aufzwingen. Diese Wahlrechts-„Reform“ ist eines der Ergebnisse der sogenannten „Konferenz zur Zukunft Europas“, einer scheindemokratischen Showveranstaltung, die im Mai 2022 unter Beteiligung von 800 handverlesenen EU-Bürgern und

Dutzenden von pro-EU „Experten“ in Straßburg ihre Vorschläge für eine neue EU-Verfassung für einen EU-Bundesstaat vorgelegt hat.

EU führt Bürger hinters Licht

Da die Bürger in der EU aber keinen zentralisierten EU-Staat wollen, vollzieht sich dieser Prozess mit List und Tücke, d.h. kaum wahrnehmbar

unter dem Deckmantel positiv konnotierter Begriffe, die Gutes suggerieren und wahre Absichten verbergen: Die neue EU-Verfassung wird nicht Verfassung, sondern Reform- oder Unionsvertrag heißen, der EU-Bundesstaat nicht Staat, sondern weiterhin Europäische Union, und die geplanten Beschränkungen von Grundrechten und demokratischer



Fotos: Shutterstock + iStockphoto

Selbstbestimmung werden uns präsentiert als kleine persönliche Opfer zum öffentlichen Wohl oder der allgemeinen Gesundheit. Oder aber sie werden uns aufgezwungen als Bedingung des Zusammenlebens in einer multikulturellen Gesellschaft, die die Bürger in großer Mehrheit auch nie wollten, ihnen aber mit Verweis auf die angeblichen Zwänge

des internationalen Asylrechts und dem angeblichen Bedarf an Facharbeitern aufgezwungen wurde.

Auch das Wahlrecht für die EU-Wahlen will die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ändern. Bislang sind EU-Wahlen immer nationale Wahlen und angesichts der geringen Wahlbeteiligung im Kern Stimmungsumfragen zur Popularität

der EU gewesen. Genauer gesagt, sind es 27 nationale Wahlen in 27 Mitgliedstaaten, in denen jeder Wähler einer ihm vertrauten nationalen Partei seine Stimme gibt, die dann ihre eigenen Kandidaten gemäß der Rangfolge ihrer Parteiliste ins EU-Parlament entsendet. Deutsche wählen zumeist deutsche Kandidaten deutscher Parteien,

Franzosen stimmen für meist französische Kandidaten französischer Parteien, usw. Angewendet wird so in den meisten Fällen das gleiche Wahlsystem, das in den Mitgliedstaaten selbst auch bei nationalen und regionalen Parlamentswahlen Anwendung findet - modifiziert nur dadurch, dass eben erheblich weniger Abgeordnete gewählt werden, jeweils abhängig von der Größe ihrer Bevölkerung. Deutschland entsendet 96 Abgeordnete.

Albtraum „transnationale Listen“

Das soll sich nun ändern, denn nach den Vorschlägen der „Konferenz zur Zukunft Europas“ soll jeder Wähler fortan bei EU-Wahlen zwei Stimmen haben: eine, wie bisher, für nationale Politiker vertrauter nationaler Parteien und eine zweite für sogenannte ‚transnationale Listen‘. Mit der Zweitstimme sollen die Bürger für EU-Parteien wie S&D, Renew oder EKR stimmen, die kaum bekannt sind, und für überwiegend ausländische Kandidaten, deren Sprache die wenigsten Bürger überhaupt verstehen. Das hieße, SPD-Wähler würden bei der EU-Wahl nicht mehr für SPD-Kandidaten stimmen können, sondern nur noch für spanische, griechische, litauische oder bulgarische Kandidaten auf einer von der SPD unterstützten Liste, während AfD-Wähler nur für noch zumeist ausländische Kandi-

daten der Partei Identität & Demokratie stimmen könnten. Langfristig – so der Albtraum - sollen alle EU-Abgeordneten über transnationale Listen gewählt werden.

National sind EU-Wahlen bisher ebenfalls noch, weil im Wahlkampf deutsche Kandidaten mit anderen deutschen Kandidaten darüber debattieren, einen Ausgleich zwischen den Interessen Deutschlands und Forderungen nach immer mehr EU-Integration zu finden. EU-Skeptiker argumentieren, dass Deutschland der Zahlmeister der EU sei und eine immer weiterführende EU-Integration vor allem auf Kosten der deutschen Interessen gehe, während die EU-Enthusiasten, d.h. alle anderen deutschen Parteien, nimmermüde betonen, deutsche und „europäische Interessen“ seien untrennbar miteinander verbunden, sodass wir alles zum Wohle der EU machen müssten. In Deutschland ist das seit 10 Jahren eine Debatte zwischen der AfD und den Altparteien.

Diese Debatte ist nicht im Interesse Brüssels oder der EU-Befürworter. Sie betont den Gegensatz zwischen Mitgliedstaaten ebenso wie zwischen nationalen und EU-Interessen und zwingt EU-Enthusiasten dazu, zu erklären, warum die EU uns nicht mehr Wohlstand bringt, sondern Massenarmut und Überfremdung, warum ihre Mitgliedstaaten international wirtschaftlich zurückfallen und warum Deutsch-

land und einige andere nordeuropäische Staaten der Zahlmeister für alle anderen und all die EU-Phantasieprojekte sind, von denen kaum jemand etwas hat, aber wir stets alle zur Kasse gebeten werden.

EU-Freunden gefallen solche nationalen Debatten im EU-Wahlkampf gar nicht. Daher sollen transnationale Listen den thematischen und ideologischen Rahmen für EU-politische Debatten ändern. Im Wahlkampf gäbe es dann keine nationalen Debatten zwischen deutschen Kandidaten mehr, die darlegen müssten, ob diese EU noch im deutschen Interesse ist.

Auch Debatten auf Deutsch könnte es selbst im deutschen Fernsehen nicht mehr geben, denn die meisten Kandidaten sprächen nicht mehr Deutsch. Debatten zu Themen wie den Folgen der inflationären EZB-Geldpolitik oder zum Identitätsverlust, zu den Kosten der EU oder steigender Kriminalität infolge der Massenmigration würden zwischen einem spanischen Konservativen, einem italienischen Zentristen und einem griechischen Sozialisten stattfinden, und zwar entweder verdolmetscht oder in schlechtem Englisch, der meistgesprochenen Sprache weltweit. Auf diese Weise würde die deutsche Perspektive und das gesamte Konzept deutscher Interessen in der Debatte verdrängt. Fragen nach den Kosten der EU für die durchschnittliche deutsche

Familie würden nicht mehr aufgeworfen. Fragen zu nationalen Interessen würden ausgeblendet. Es ginge nicht mehr um den Ausgleich zwischen nationalen und EU-Interessen, sondern nur noch um Gruppeninteressen und deren Durchsetzung auf EU-Ebene. Nur noch Grad, Geschwindigkeit und Umfang der weiteren „Europäischen Integration“ stünden im Mittelpunkt der demokratischen Arena.

AfD für Subsidiarität, Eigenverantwortung und Freiheit

Transnationale Listen würden unsere politische Kultur verändern, indem sie wirkliche Debatten über die Ursachen der Fehlentwicklungen unterbinden. Dadurch höhlen sie demokratische Entscheidungsprozesse aus. Dasselbe Ziel verfolgen sie mit der Lösung der Bindung zwischen EU-Abgeordneten und ihren Heimatstaaten. Der Vater des politischen Konservatismus, Edmund Burke, sah im engen Verhältnis und Austausch zwischen Wählern und

Gewählten den Kern des Parlamentarismus. Die Wahlrechtsreform und die transnationalen Listen haben nur ein Ziel: Diese Vertrauensbindung zu untergraben, und so die Demokratie auf Kosten der Bürger noch weiter auszuhöhlen. Transnationale Abgeordnete haben keine Heimat und sie verstehen sich nicht mehr als Abgesandte und Repräsentanten gewachsener historischer Gemeinschaften, denn ihr Wahlkreis ist nicht mehr ein Land oder ein bestimmtes Gebiet, sondern die gesamte EU. Ausgewählt werden sie durch zwischenparteiliche Kundgeleien durch Parteivorstände aus verschiedenen Teilen der EU. Die geplante Aushöhlung der Idee des Abgeordneten als Entsandtem und Repräsentanten seiner Wähler und seines Wahlkreises wäre das völlige Ende unserer repräsentativen Demokratie.

Die aktuellen Vorschläge zur EU-Wahlreform des Europäischen Parlaments und der „Konferenz zur Zukunft Europas“ müssen nach

den gegenwärtig noch gültigen Lisabonner Verträgen vom Europäischen Rat einstimmig angenommen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es dafür eindeutig keine Unterstützung. Mindestens neun Mitgliedstaaten äußerten offen ihre Ablehnung des Vorschlags, bei der letzten Abstimmung im Rat stimmten nur Luxemburg und die deutsche Ampelregierung dafür. Deutsche Regierungen unterstützen eigentlich immer die antidemokratischen Pläne von EU-Parlament und EU-Kommission. Da kein Durchbruch in Sicht ist, bleibt fragwürdig, ob es bereits bei der EU-Wahl 2024 transnationale Listen geben wird. Die AfD ist gegen transnationale Listen. Wir sind gegen die Abschaffung nationaler Wahlkreise und für das Prinzip der nationalen Eigenverantwortung als einzigen Garanten demokratischer Entscheidungen!



Foto: European Union 2022 - Source: EP

Dr. Gunnar Beck, MdEP:

- stellv. Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Identität & Demokratie“
- stellv. Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament
- Ausschuss für Wirtschaft und Währung (Sprecher der Fraktion)
- Rechtsausschuss
- Unterausschuss für Steuerfragen
- Ausschuss für konstitutionelle Fragen
- zuständig für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen

E-Mail: gunnar.beck@europarl.europa.eu
Telefon: +32 2 28 45724





BRÜSSEL: PURE KRIEGSTREIBEREI STATT

von Markus Buchheit

Die EU-Kommission hat mit dem Gesetzesvorschlag „Act in Support of Ammunition Production“ (ASAP) einen weiteren fatalen Schritt in Richtung einer Beteiligung am Ukraine-Krieg gemacht. Es ist dringend geboten, endlich zu handeln!

Es ist gerade mal 15 Monate her, als die europäische Rüstungsindustrie Investitionsregeln zu befürchten

hatte. Nach der sogenannten „grünen“ Taxonomie drohte die „soziale“. Das Klassifizierungssystem für den Finanzmarkt, bei dem die „Klimaverträglichkeit“ und die ökologische „Nachhaltigkeit“ von ganzen Branchen auf den Prüfstand gestellt wurden, sollte die „soziale“ Taxonomie die Sozialverträglichkeit von Investitionen bewerten. Dem Handelsblatt war schon im Februar 2022

nicht klar, „wie die Kommission die soziale Taxonomie mit der Vision einer europäischen ‚Verteidigungsunion‘ in Einklang bringen“ wollte. Denn mit ihrem Taxonomie-Ansatz wollte die EU-Kommission angeblich „privates Kapital dorthin lenken, wo es den größten Nutzen für Mensch und Natur entfaltet.“ Die zu erwartende Deklassierung der europäischen Rüstungsindustrie hätte



VERHANDLUNGSLÖSUNGEN

schwere Wettbewerbsnachteile für die europäische Industrie insgesamt nach sich gezogen. Investitionen, wie etwa Anleihen zur Finanzierung von Sozialwohnungen, beziehungsweise Gesundheitsprojekten sollten potentiellen Investoren die Chance und die Anreize geben, privates Kapital in sozial wertvolle Aktivitäten einzuspeisen. Die Produktion von Rüstungsgütern unter diesen Ge-

sichtspunkten als „sozial wertvoll“ zu verkaufen, wäre mit Sicherheit ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Doch die Lage hat sich seither offenbar grundlegend gewandelt. Milosz Matuschek schreibt: „Das ‚große Friedensprojekt‘ [EU, Anm.] schwenkt um auf ein Cheerleading für den Krieg. Die ohnehin nur schemenhafte Demokratie kippt in einen bürokratischen Autoritarismus. Es

geht in Riesenschritten zu immer mehr Überwachung, Fremdbestimmung und zentralistischer Lenkung, flankiert von Lobbyismus, Vetternwirtschaft und Verleugnung westlicher Werte.“

Nun hat die Brüssel-Straßburger supranationale Schattenregierung gekreißt und ausgerechnet ein neues EU-Gesetz zur Unterstützung der Munitionsproduktion geboren. Der

Stellvertreterkrieg in der Ukraine liefert hochaktuell die Agenda für den totalen Gesinnungsschwenk. Mit dem „Act in Support of Ammunition Production“ (ASAP) „will die EU-Kommission Anreize für die europäische Verteidigungsindustrie schaffen, damit sie in den Ausbau ihrer Produktionskapazitäten investiert, sei es in Komponenten der Lieferkette, Maschinen oder Personal“ – so berichtete zum Thema EU-RACTIV.

Krieg wird für EU-Kompetenz- ausweitung genutzt

Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt und Verteidigungsindustrie, meint, dass der von der EU-Kommission eingebrachte Gesetzesvorschlag „beispiellos“ sei und das Ziel habe, „mit EU-Geldern den Ausbau unserer Verteidigungsindustrie für die Ukraine und für unsere eigene Sicherheit direkt zu unterstützen.“ Breton zeigt sich dabei zuversichtlich, „dass wir innerhalb von 12 Monaten in der Lage sein werden, unsere Produktions-

kapazität in Europa auf eine Million Geschosse pro Jahr zu erhöhen“, womit die europäische Industrie ihr Potenzial ausschöpfe, „um die Sicherheitsbedürfnisse der Ukraine und unserer Mitgliedsstaaten zu erfüllen.“ Denn die Flut der Militärgüterlieferungen westlicher Regierungen an die Ukraine hat die europäische Verteidigungsindustrie offenbar an ihre Kapazitätsgrenzen gebracht.

Entscheidungen werden primär in Washington getroffen

Um die Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie in der EU zu erhöhen, soll zusätzlich eine halbe Milliarde Euro für die Ankurbelung der Munitionsproduktion verwendet werden. Natürlich drängt angeblich auch die Zeit, denn offizielle Schätzungen der Mitgliedsstaaten behaupten einen ukrainischen Verbrauch „von etwa 60.000 bis 210.000 Artilleriegranaten pro Monat, während Russland etwa 600.000 bis 1.800.000 abfeuert – zehnmal so viele.“ Damit

dieser unselige Krieg also weiterhin stattfinden kann, will man mit einem dreigleisigen Plan die Munitionsproduktion EU-weit ankurbeln und die Aufstockung der eigenen Bestände der Mitgliedstaaten unterstützen. Thierry Breton gießt zusätzlich Öl ins Feuer und meint: „Um die Ukraine kurzfristig zu unterstützen, müssen wir weiterhin aus unseren Beständen liefern. Aber wir müssen auch die derzeitige Produktion neu priorisieren und sie vorrangig in die Ukraine leiten.“ Der frühere französische Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie befürwortet zur Verteidigung das Wechseln der Industrie „in den Kriegswirtschaftsmodus“. Damit entpuppt sich der einstige Strategist of the Year (2012) ganz offensichtlich als Steigbügelhalter mächtiger US-amerikanischer und globalistischer Interessen. Kritiker hatten schon früher, als Breton 2019 Kommissar für Binnenmarkt und Industriepolitik in der Kommission von der Leyen wurde, mögliche Interessenkonflikte mit seiner ehemaligen Funktion



als Atos-Vorsitzender vermutet. Ein Jahr zuvor hatte das Gericht der Europäischen Union (EuG) die EU-Gesetzgebungsverfahren kritisiert und per Urteil die EU aufgefordert, für einen freien Zugang zu Verhandlungszwischenständen bei Gesetzgebungsverfahren zu sorgen. Inwieweit das EU-Parlament grundsätzlichen Zugang zu den Dokumenten des Gesetzgebungsverfahrens bei ASAP hatte, muss deshalb dringend geprüft werden.

Für Rüstungspolitik müssen die Mitgliedstaaten verantwortlich sein

Doch Kritiker bemängeln nicht nur die mangelnde Transparenz im Verfahren selbst, sondern auch die angemäße Einmischung der EU-Kommission in die unter der Hoheit der einzelnen Mitgliedsstaaten stehenden jeweiligen Verteidigungsindustriebetriebe. Dabei ist es nicht nur fraglich, wie viele Handlungs- und Eingriffsspielräume an die EU übertragen werden soll. Immerhin handelt es sich im Bereich der Mili-

tärgüterproduktion um höchst sensible Industrieinformationen. Sollte ASAP im EU-Parlament beschlossen werden, hätten die Politiker und Beamte der EU-Kommission Zugang zu vertraulichen Informationen der Munitionsindustrie und deren Produktionskapazitäten. In dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Gesetzestext heißt es: „Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme wird die Europäische Kommission [...] die Produktionskapazitäten und die Lieferketten der Unternehmen kontinuierlich überwachen und ihre Fähigkeit bewerten, auf die erwartete Entwicklung der Marktnachfrage zu reagieren.“ Der einjährig befristete Investitionsplan der Gesetzesvorlage will 500 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt verwenden, damit deutlich mehr Artilleriemunition bis hin zur Raketenproduktion finanziert werden können.

Mit dem aus Steuergeldern finanzierten Aufrüstungsprogramm ist nicht nur eine weitere unerträgliche Kompetenzüberschreitung der EU manifestiert: Das ganze ASAP-

Vorhaben bedeutet eine direkte und aktive Teilnahme an dem bewaffneten Konflikt in der Ukraine und weitet diesen auf die gesamte EU aus. Auch hier ist die Souveränität einzelner Mitgliedsstaaten nicht nur in Gefahr, sie wird etwa im Falle Österreichs mit seinem verfassungsrechtlichen Neutralitätsgebot völlig ausgehebelt und unterminiert. Milosz Matuschek: „Wir befinden uns in einer Situation, die am ehesten einem Tauziehen gleicht. Auf der einen Seite stehen mächtige private und institutionelle Interessen, auf der anderen Seite die öffentliche Sache, die ‚res publica‘, die zunehmend über den Tisch gezogen wird.“

Politikern wie Ursula von der Leyen, die außer dem obszönen Willen zur Macht, anhängigen Klagen und einer absurden Verfehlungskarriere nichts zu bieten haben, darf es nicht gestattet werden, die Völker Europas in einen Krieg zu führen und originär europäische Interessen völlig zu ignorieren.



Foto: Andreas Pletzitzka

Markus Buchheit, MdB:

- Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
- Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
- Petitionsausschuss
- Ausschuss für internationalen Handel
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Künstliche Intelligenz und Digitalisierung
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Biologische Vielfalt, Jagd und ländlicher Raum
- zuständig für Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland

E-Mail: markus.buchheit@europarl.europa.eu
Telefon: +32 2 28 45038





GRÜNE: DIE PARTEI DER

von Dr. Nicolaus Fest

Fotos: Shutterstock

Würden Sie sich als Politiker damit rühmen, in vier Jahren rund 400 Lobbyisten getroffen zu haben? Ich auch nicht. Aber EU-Abgeordnete der Grünen offenkundig schon. So geschehen in einer Phoenix-Talkshow im Juni dieses Jahres, an der ich teilnahm. Mein Gesprächspartner war der grüne EU-Abgeordnete Daniel Freund, der ganz stolz von seinen 400 Lobbytreffen erzählte und mir anschließend vorwarf, dass ich im Gegensatz zu ihm meine Treffen mit Lobbyisten nicht auf der Website des EU-Parlaments eintragen würde. Als ich ihm daraufhin entgegnete, dass ich mich grundsätzlich nicht mit Lobbyisten treffe, um als Politiker unab-

hängig zu bleiben, schaute er wie ein beim Streich ertappter Bube in die Kamera. Der Videoausschnitt hat auf TikTok, Facebook und YouTube mittlerweile rund 500.000 Aufrufe.

Soros' Open Society hat häufig ihre Finger im Spiel

Die Mühe, sich die Lobbyistentreffen von Daniel Freund etwas genauer anzuschauen, lohnt. So traf er sich in Budapest mit Vertretern von Transvanilla, einer NGO, die sich für die Rechte von Transsexuellen einsetzt. Oder in Warschau mit Vertretern von OKO.Press, einem Medium, das mittels Finanzierungen aus dem Ausland gegen die polnische Regierung in Stellung gebracht

wird. Mehrfach traf sich Freund auch mit dem Open Society European Policy Institute, das, wie der Name bereits vermuten lässt, Teil der Open Society Foundations von George Soros ist. Bohrt man etwas tiefer, stellt man schnell fest, dass auch Transvanilla, OKO.Press und viele andere Organisationen, mit denen sich Freund traf, direkt oder indirekt von Soros' Open Society finanziert werden.

Es geht um die Bekämpfung überlieferter Normalität

Die Ziele, die all diese NGOs, Lobbyisten etc. verfolgen, sind in der Regel sehr ähnlich: Massenmigration, Multikulti, Minderheitenkult,



LOBBYISTEN!

globale Zentralisierung von Macht und die subversive Verdrängung konservativer Regierungen, um das zu bekämpfen, was man als überlieferte Normalität bezeichnen könnte: Zwei Geschlechter, die traditionelle Familie, den Nationalstaat, den Erhalt der ethnokulturellen Identität etc. Nichts anderes strebt die unheilvolle Allianz bestehend aus lifestylelinken Politikern und wemem Kapital an. Und diese Allianz scheint sehr innig zu sein: Als EU-Mandatsträger in vier Jahren rund 400 Lobbyistentreffen in rund 20 Städten abzuhalten, ist kaum möglich, wenn man seine Abgeordnetentätigkeit ernst nehmen und wirklich unabhängig bleiben möchte.

Grüne lassen sich von NGOs Berichte schreiben

Wie schlecht es um die Unabhängigkeit der Grünen-Abgeordneten bestellt ist, zeigte sich beispielsweise im Zuge einer Kompromiss-Ausarbeitung zu einer Methan-Richtlinie des Industrie-Ausschusses und des Umwelt-Ausschusses im EU-Parlament. Berichterstatterin war die deutsche Grüne Jutta Paulus. Vor einiger Zeit wurde bekannt, dass die grüne Lobby-Organisation Clean Air Task Force (CATF) aus den USA den Text für Paulus geschrieben hat. Besagte NGO bestätigte, das Dokument an Paulus geschickt zu haben. Dass eine NGO aus den USA einen solchen Einfluss auf den Gesetzge-

bungsprozess im EU-Parlament ausübt, ist ein handfester Skandal, der aber in den meisten Medien nicht thematisiert worden ist – denn auch diese sind längst linksgrün infiltriert: Eine Umfrage aus dem Jahre 2020 ergab, dass 57,1 Prozent der Volontäre im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Grünen wählen, 23,4 Prozent die Linke und 11,7 Prozent die SPD – das macht über 92 Prozent für Rot-Rot-Grün! Die Unionsparteien kamen auf 2,6 Prozent, die FDP auf 1,3 Prozent, sonstige Parteien auf 3,9 Prozent und die AfD auf 0,0 Prozent. Über den Mangel kritischer Berichterstattung über grüne Machenschaften im EU-Parlament braucht man sich also kaum zu wundern.

Wasser predigen, Wein trinken

Dabei konstatierten die Grünen noch vor Jahren, dass der Einfluss von Lobbyisten auf die politischen Entscheidungsprozesse stark zugenommen hätte und dies einer Entmündigung der Parlamente Vorschub leisten würde: „Mit ganzen Stäben von hochqualifizierten Fachleuten ausgestattet, gewinnen Vertreterinnen und Vertreter von Einzelinteressen mehr und mehr Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren und Entscheidungsprozesse in Parlament und Regierung“, hieß es noch in einem Beschlussantrag zur ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen vom November 2008. Die grüne Realität sah aber schon damals anders aus:

So saß von 1998 bis 2013 ein besonders einflussreicher Lobbyist für die Grünen im Bundestag: Hans-Josef Fell, ein Förderer der für einige sehr lukrativen Solarenergie und einer der Väter des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Er verband seine privilegierte Stellung als Parlamentarier mit seinem Engagement als stellvertretender Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Bayerischer Solarinitiativen und der Vizepräsidentschaft bei Eurosolar. Heute unterstützt er die „Letzte Generation“ mit großzügigen Spenden.

Anderes Beispiel: Rezzo Schlauch. Noch von 1984 bis 1994 für die Grünen Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg und von 1995 bis 2005 Bundestagsabgeordneter, war er anschließend Mitglied im Beirat von EnBW, später dann Berater von Goldgas.

Oder Marianne Tritz: Kaum eine Partei kämpfte so vehement für ein Rauchverbot wie die Grünen. Doch dies hinderte die ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete nicht daran, nach ihrer Karriere in der Politik Geschäftsführerin des Deutschen Zigarettenverbandes zu werden. Ihre Aufgabe: Das Aufpolieren des Images des Tabakkonsums.

Doch auch Wechsel von Lobbyisten in die Politik sind bei den Grünen nicht ungewöhnlich: Jennifer Morgan, von 2016 bis 2022 Leiterin von Greenpeace, ist seit März 2022 Staatssekretärin und Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt. Und Attac-Mitbegründer Sven Giegold zog es von 2009 bis 2021 ins EU-

Parlament, anschließend wurde er Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Grüne Perfektionierung des Drehtür-Effekts

Grüne geben gerne vor, kritisch gegenüber Lobbyisten zu sein. Doch diese kritische Haltung ist nur eine Fassade, um die man sich, wie Daniel Freund zeigt, nicht einmal mehr bemüht. Lobbyisten werden zu grünen Volksvertretern. Und grüne Volksvertreter werden zu Lobbyisten. Die Grünen haben den Drehtür-Effekt perfektioniert. Um Interessenkonflikte scheren sie sich nicht: Kontakte werden genutzt, Vetternwirtschaft wird kultiviert, Insiderwissen wird gesichert, attraktive Jobs in Parlamenten oder der Wirtschaft werden untereinander angeboten, Arbeit und Zeit in Form vorgefertigter und juristisch geprüfter Gesetzesvorlagen werden gespart. Mit den Idealen der Demokratie und des Parlamentarismus hat dies nichts mehr zu tun. Mal sehen, was am Ende für Daniel Freund dabei herauspringt.



Foto: privat

Dr. Nicolaus Fest, MdEP:

- Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
- Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU, einschließlich Desinformation
- Ausschuss für Wirtschaft und Währung
- Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Biologische Vielfalt, Jagd und ländlicher Raum
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Christen im Nahen Osten zuständig für Berlin, Hamburg und Brandenburg

E-Mail: nicolaus.fest@europarl.europa.eu

Telefon: +32 2 28 45524



NEWSLETTER BESTELLEN!

Erhalten Sie regelmäßig Neuigkeiten der Fraktion Identität & Demokratie!



Foto: iStockphoto

SCHNELL. DIREKT. UNZENSIERT.

Um Ihren Wissens- und Informationsvorsprung weiter auszubauen, halten wir Sie mit neuesten Nachrichten aus dem EU-Parlament auf dem Laufenden. Schnell. Direkt. Unzensuriert.



<https://de.idgroup.eu/newsletter>

Arbeiten wir zusammen für ein friedliches Europa souveräner Vaterländer. Gemeinsam sind wir stark!

ABSCHAFFUNG EINSTIMMIGKEITSPRINZIP: EU AUF DEM WEG ZU DEN

von Joachim Kuhs



Die Europäische Union befindet sich spätestens seit der Corona-Krise in einer Phase des Umbruchs. Die Rufe nach grundlegenden Reformen der EU-Institutionen werden lauter – von zentralistischer EU-Seite als auch von souveränitätsbewusster nationalstaatlicher Seite. Mit dem frischen Wind der Neueuerungsforderungen kommt ein altes Thema auf den Plan: Das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat, das bei wichtigen Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), bei potenziellen EU-Beitritten oder auch bei Angelegenheiten rund um EU-Finanzanwendung findet, soll abgeschafft werden. Bis dato reicht das Veto eines einzigen EU-Mitgliedstaates aus, um einen Entscheidungspro-

zess zu blockieren. Insbesondere Ungarn und Polen haben in den letzten Jahren oft von diesem Vetorecht Gebrauch gemacht. Es lässt sich also erahnen, aus welchem Lager die Forderungen nach Reformen im Abstimmungsverfahren des Europäischen Rates rühren.

An Stelle der Einstimmigkeit sollen nämlich qualifizierte Mehrheitsentscheidungen treten.¹ Die Argumentation der Gegner des bestehenden Abstimmungsprinzips ist simpel: die Aufhebung der Einstimmigkeit führe zu schnelleren Verfahren, angeblich agilerem Handeln auf der Weltbühne und rascheren Beitritten zur EU. Als Pioniere dieser Reorganisation stehen die Staaten der im letzten Mai gegründeten „Gruppe der Freunde“, bestehend

aus den sechs Gründernationen der EWG (einem EU-Vorläufer) sowie Finnland, Slowenien und Spanien.² In einem gemeinsam publizierten Papier erklären sie, dass mit dem Wechsel der Abstimmungsmodalität „die Effektivität und Geschwindigkeit unserer außenpolitischen Entscheidungsfindung zu verbessern“ sind. Die Notwendigkeit dessen ergebe sich aufgrund „Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und de[n] wachsenden internationalen Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht“.³

Betrachtet man diesen Ruf nach Reform und die präsentierten Argumente, kann es einem leicht als ein sinnvoller und nützlicher Prozess erscheinen. Doch, wie so oft, verbirgt sich hinter unschuldigem

VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA?

Foto: iStockphoto

Schafsgeblöke ein hungriger Wolf im Brüsseler Gewand.

Die nationale Souveränität ist und bleibt EU-Feind Nummer Eins!

Ob es nun ein globalistischer Pandemievertrag mit der WHO ist oder Konjunkturpakete in horrenden Höhen auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde, die nationale Souveränität schrumpft immer mehr unter den zentralistischen Bestrebungen der EU-Euphoriker zusammen. Die Diskussion um das Einstimmigkeitsprinzip reiht sich in gerader Linie in diese Entwicklung mit ein. Nicht ohne Grund ist dieser Abstimmungsmodus lediglich für besonders sensible Themen eingeführt worden; Außenpolitik und Angelegenheiten

der Steuer- und Finanzpolitik sind klassische Bereiche, in denen jeder Mitgliedstaat seine eigenen Entscheidungen fällen muss. Diese Politikbereiche sind Kern staatlicher Souveränität.

Der Übergang zu einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung in diesen Themen wäre eine enorme Schwächung des subsidiären Prinzips, auf dem die EU laut Verträgen eigentlich beruht. Eine Simplifizierung der Entscheidungsprozesse hätte zur Folge, dass Agenden wie „Vereinigte Staaten von Europa“ oder „EU-Verteidigungsarmee“, die seit Jahrzehnten im Dunstkreis der EU-Enthusiasten herumgeistern, in kürzester Zeit von Träumerei zur Realität werden könnten. Das größte Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Ziele ist nach wie vor die Souveränität der Staaten. Die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips ist lediglich ein weiterer Versuch der EU, sich Kompetenzen anzueignen, um so die globalistischen Agenden der selbsternannten Weltverbesserer verstärkt den Menschen in der EU aufzwingen zu können.

Weiterhin ist anzuführen, dass das Problem der institutionellen Intransparenz der EU dadurch auch nicht ansatzweise beseitigt werden würde. Wahr ist das Gegenteil: Das qualifizierte Abstimmungsverfahren würde die Quantität der Entscheidungen zweifellos erhöhen und damit die Verwobenheit der Gesetze und Vorgaben noch undurchdringlicher und bürgerferner gestalten. Besonders im Bereich der bizarren

Steuerpolitik und Eigenmittelfindung der EU-Organe ist es eine indiskutable Notwendigkeit, dass alle Mitgliedstaaten etwaigen Veränderungen zustimmen. Gerade in den Sphären der EU-Geldpolitik ist es Allgemeinwissen, dass die Entscheidungen meistens zum Vorteil der EU und zulasten von Mitgliedstaaten und Bürgern gefällt werden.

Einheit durch Anerkennung: EU ist nicht die USA

Der scheinbare Missstand, dass richtungsweisende Entschlüsse zu langsam verabschiedet werden, ist eines der führenden Argumente dieser Diskussion. Hierzu muss jedoch deutlich gesagt werden: Die EU ist nicht die USA. Die EU hat kein Staatsgebiet, kein Staatsvolk und keine vollumfängliche Staatsgewalt, auch wenn viele EU-Phantasten von der CDU bis zu Grünen und Linkspartei das unbedingt wollen und die EU-Agenden auf Kosten der Mitgliedstaaten und Bürger radikal und aggressiv vorantreiben. Die Losung für ein funktionierendes Europa liegt nicht im Abbau nationalstaatlicher Unabhängigkeit, sondern in der gegenseitigen Anerkennung dieser. Daran müssen wir die EU messen!

Die Vielfalt europäischer Kulturen, die verschiedenen historischen Hintergründe und auch die weit auseinandergehenden, reichhaltigen und sich gegenseitig ergänzenden Mentalitäten, machen Europa so einzigartig, lebenswert und schön. Doch die EU tut alles dafür, um genau das abzuschaffen und einzuebnen. Die Agenda zur Abschaffung der Ein-

stimmigkeit im Europäischen Rat ist ein Symptom dafür. Jeder, der die wahren Werte und Tugenden Europas kennt und schätzt, weiß, dass diese Europas Stärke sind! Wir müssen Europas Werte und Tugenden gegen eine übergriffige, sich überall einmischende EU verteidigen! Als Alternative für Deutschland im EU-Parlament machen wir dafür Politik. Wir wollen Zuständigkeiten von der EU in die Nationalstaaten zurückholen und damit Demokratie stärken. Wir wollen bevormundende EU-Regularien abschaffen und so unsere Freiheit stärken. Wir wollen die politische Union massiv verschlanken, um unseren Wohlstand zu stärken.

Dafür braucht es unseren Widerspruch und unsere besseren Lösungsansätze. Beschwichtigungen von Bundeskanzler Olaf Scholz wie „die Tatsache nicht als Problem [zu] sehen, dass nicht immer alle einer Meinung sind“⁴ zeigen, dass wir als AfD richtig liegen.

Veto schwächt Globalisten

Jene Nationen, die sich des Öfteren gegen verschiedenste Entscheidungen der EU mit ihrem Veto stellen, wie Polen und Ungarn, würden mit der Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips ihrer wichtigsten Waffe im Kampf gegen die Übermacht der woken Globalisten beraubt werden. Lange wurde ein Mittel gegen diese Staaten gesucht, da es destruktiven Kräften schauert, wenn sie sehen, wie erfolgreich und zukunftssträftig die Politik dieser beiden Staaten ist und was gelebter Nationalstolz bedeutet. Nun wurde die Möglichkeit zur Attacke offenbar in der Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips gefunden.

Auch die Anliegen kleinerer EU-Mitgliedstaaten könnten schnell unter dem erdrückenden Gewicht der bevölkerungsreicheren Staaten untergehen. Eigentlich unglaublich, aber man kann hier tatsächlich Ursula von der Leyen (CDU) aus-

nahmsweise recht geben, wenn sie feststellt, dass das Einstimmigkeitsprinzip „befriedet“, alle in dieselbe Verantwortung nimmt und daher schlicht fair ist.⁵ Ob Frau von der Leyen nach wie vor zu dieser Aussage steht, ist natürlich eine andere Frage.

Nicht nur als Alternative für Deutschland sind wir für die Stärkung der Souveränität und Freiheit der Mitgliedstaaten, auch aus vielen mittel- und osteuropäischen Staaten bildet sich breiter Widerstand gegen die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips.⁶ Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn diese Staaten haben ihre Unabhängigkeit erst vor wenigen Jahrzehnten teils blutig erkämpft und sind deshalb nicht bereit, sie gegenüber dem angestrebten EU-Imperium wieder aufzugeben!

¹ Anm.: Qualifizierte Mehrheit ist gegeben, wenn 55 % der Mitgliedstaaten, solange diese mindestens 65 % der EU-Bevölkerung darstellen, ihre Zustimmung geben

² <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/neue-eu-koalition-will-mehr-mehrheitsentscheidungen-in-der-aussenpolitik>

³ Ebd.

⁴ <https://www.derstandard.at/story/2000144710446/scholz-pocht-auf-ende-des-einstimmigkeitsprinzips-in-der-eu>

⁵ <https://www.n-tv.de/politik/Scholz-und-von-der-Leyen-uneins-bei-Thema-EU-Abstimmung-article24172042.html>

⁶ <https://de.euronews.com/my-europe/2023/05/23/ungarn-und-polen-wollen-vetorecht-bei-eu-aussenpolitik-verteidigen>



Joachim Kuhs, MdEP:

- kommissarischer Delegationsleiter der AfD im EU-Parlament
- Schatzmeister der AfD-Delegation im EU-Parlament
- Haushaltsausschuss (Sprecher der Fraktion)
- Haushaltskontrollausschuss (Sprecher der Fraktion)
- Stellvertretender Vorsitzender der interfraktionellen Arbeitsgruppe Religionsfreiheit und religiöse Toleranz
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Christen im Nahen Osten
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Demografische Herausforderungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Übergang junger Menschen ins Berufsleben
- zuständig für Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein

E-Mail: joachim.kuhs@europarl.europa.eu

Telefon: +32 2 28 45784



DIE BISHERIGEN AUSGABEN:

Auf https://de.idgroup.eu/blick_auf_brussel können Sie die bisherigen Ausgaben des Magazins „Blick auf Brüssel“ als pdf-Dateien herunterladen:





ENTWALDUNGS-VERORDNUNG:

von Dr. Sylvia Limmer

Foto: Shutterstock

Wer zukünftig mit der EU Handel treiben will, muss sich ihrer irren grünen Doktrin unterwerfen. Dieser neue Imperialismus „made in Brüssel“ entspringt nicht in erster Linie Protektionismus-Bestrebungen, wie so mancher vermuten möchte. Sondern er dient der absoluten Kontrolle von Handels- und Finanzströmen durch eine nichtgewählte EU-Kommission, die damit ihre zentralistischen Machtbefugnisse in einer erschreckenden Weise weiter ausdehnen wird. Der Schutz

von „mein Freund, der Baum“, wie ihn schon 1968 die Sängerin Alexandra besang, ist also bestenfalls zweitrangig, aber emotional höchst „marktfähig“. Weshalb auch Kritik aus der betroffenen Wirtschaft und den Handelsunternehmen extrem verhalten ausfällt. Wer will schon einen Imageverlust als „Baummörder“ und „CO₂-Verschmutzer“!

Horrende Bürokratie für Unternehmen

Nun hat man in Brüssel also einer Entwaldungs-Verordnung in bewusst euphemistischer Verschleierung der tatsächlichen Ziele zugestimmt, die vorschreibt, dass verschiedenste Rohstoffe und Produkte, die diese Verordnung enthält, nicht mehr in die EU ein- oder ausgeführt werden dürfen, wenn diese nicht nachgewiesenermaßen „entwaldungsfrei“ hergestellt wurden, die biologische Vielfalt gefährden



EIN NEUER EU-IMPERIALISMUS?

oder dem Pariser „Klimaabkommen“, die Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, zuwiderlaufen. Dazu werden den Unternehmen zusätzlich nahezu unerfüllbare Sorgfaltspflichten auferlegt.

International wird das Ansinnen aus Brüssel überwiegend als wirtschaftsfeindlicher Akt wahrgenommen. Die Regierung von Malaysia beispielsweise hat bereits im Februar mit Exportverboten von Palmöl gedroht. Malaysia ist mit 24 % Anteil an der globalen Produktion von

Palmöl Weltmarktführer. Und der malaysische Vorsitzende des Palm Oil Board, einer Regierungsbehörde, kommentierte zu Recht sehr spitz, dass es die Europäer waren, die über Jahrhunderte ihre eigenen Wälder vernichtet hätten zugunsten von leicht zu erntenden Waldmonokulturen. Im Gegensatz dazu weise Malaysia aber immer noch zu mehr als 50 % Urwälder auf. Die neue Verordnung wäre daher heuchlerisch.

Tatsächlich ist Deutschland nur noch zu 29,8 % (Stand 2020)

bewaldet, Tendenz weiter abnehmend, und Urwälder sucht man bei uns vergeblich. Im Rest Europas, wohlgemerkt nicht der EU, sieht es ebenfalls nicht viel besser aus. Echte Urwälder sind nur noch punktuell vorhanden. Der moralisch erhobene Zeigefinger ist also verlogen und sicher nicht angebracht. Der Schutz der Wälder ist aber ohnehin ein vorgeschobenes Argument, klingt aber erst einmal gut.

EU-Vorgaben: Schuss ins eigene Knie

Bleiben wir kurz beim Palmöl, weswegen die grüne Ideologieblase Krokodilstränen vergießt. Es waren sie selbst und eine grüne Brüsseler Gesetzgebung, zum Beispiel die Bio-Kraftstoffrichtlinie vom 8. Mai 2003, die die Einführung von Biokraftstoffen vorgeschrieben hat und die Palmölimporte in die EU massiv ansteigen ließ. Und natürlich aufgrund steigender Nachfrage zu einer Ausweitung der Palmölplantagen auf Kosten der Regenwälder beigetragen hat. 2014 fanden 61 % des in die EU importierten Palmöls Verwendung als Biokraftstoff oder wurden „nachhaltig“ verfeuert. Im nicht grün-irren „Rest“ der Welt dagegen landet Palmöl schon immer hauptsächlich als Bestandteil von Lebensmitteln auf den

Tellern. Aber zurück zur Entwaldungs-Verordnung:

Betroffen sind ab Herbst 2024 alle Unternehmen, die die Rohstoffe Kaffee, Kakao, Palmöl, Soja, Kautschuk Holz und Rinder oder Rindfleisch oder Produkte, die diese Rohstoffe enthalten, in die EU einführen oder verarbeitete Produkte aus der EU exportieren. Die Verordnung gilt ebenso für sämtliche Folgeerzeugnisse wie Leder, Möbel, Druckereierzeugnisse oder Schokolade, um nur einige zu nennen. Kleinstunternehmen erhalten 6 Monate länger, um die grüne Überwachung und den damit verbundenen Bürokratismus umzusetzen.

Um die oben genannten Produkte in der EU in Verkehr bringen zu dürfen, müssen Unternehmen in Zukunft strenge Sorgfaltspflich-

ten erfüllen. Dies sind neben der Übermittlung sämtlicher Handelsdaten an die Kommission auch Koordinaten zur Geolokalisation der Herkunft der Rohstoffe. In einer Risikobewertung bezüglich Entwaldungsfreiheit und Legalität müssen die aus dem Drittstaat erhaltenen Informationen hinsichtlich Korruption, Fälschung, Wahrung von Menschenrechten und Eigentumsverhältnissen gegenüber der indigenen Bevölkerung bewertet werden. Des Weiteren sind Unternehmen gezwungen darzulegen, wie sie eine Risikominimierung vorzunehmen gedenken.

Bei Verstößen gegen diese weit jenseits aller unternehmerischen Geschäftsbereichen liegenden Verpflichtungen hagelt es drakonische Sanktionen wie Geldbußen von mindestens vier Prozent des unionsweiten Jahresumsatzes, Ausschluss von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge bis hin zum Verlust der Handelserlaubnis. Obenauf erfolgt eine Veröffentlichung durch die EU-Kommission in einer Art digitalen Pranger mit voller Namensnennung und Art des Vergehens. Mögliche Imageverluste sind so noch nicht einmal absehbar.

Handelspartner fallen weg

Es dürfte klar sein, dass, um diese unkalkulierbaren Risiken zu minimieren, Unternehmen freiwillig bestimmte Drittstaaten als Handelspartner zukünftig meiden werden. Die EU wird sich weiter wirtschaftlich verzweigen zugunsten der BRICS-Staaten, die bereits jetzt einen Anteil von knapp 32 % am globalen Bruttoinlandsprodukt haben – im Gegensatz zur EU, die von über 26 % auf nunmehr etwas über 14 %



Quelle: <https://www.assisteu.eu/>; Text: A9-0219/2022; Prozedur: 2021/0366(COD); Änderungsantrag 267, beschlossen am 19.04.2023

abgestiegen ist. Und die Rohstoffe, die dann nicht mehr in die EU importiert werden, finden sehr schnell andere Abnehmer. In Deutschland ist, was Wenige wissen dürften, auch die Kaffee und Kakao verarbeitende Branche besonders betroffen. Deutschland ist Weltmeister bei der Veredelung von Rohkakao und größter Exporteur von Schokoladenwaren. Und natürlich wird dies auch erhebliche Verteuerungen durch zunehmende Bürokratie und schlicht fehlendes Angebot nach sich ziehen und damit alle Verbraucher betreffen. Zum Kaffeetrinken oder Fleischessen geht es in Zukunft nach Brasilien. Vielleicht reicht aber schon ein Ausflug in die Schweiz, nach Norwegen oder nach Großbritannien – allesamt keine EU-Mitglieder.

Minimieren können die Unternehmen diese Haftungsrisiken nur, wenn sie zukünftig nur noch Handel mit „erlaubten“ Drittstaaten betreiben. Also Erzeugerländern, die von der EU-Kommission in die „Risikokategorie geringes Risiko“ eingestuft wurden. Damit schwingt sich eine Kommission nicht nur zur Kontrolleurin der Wirtschaftsbe-

ziehungen und Handelsströme auf, sondern will Drittstaaten die eigene grünideologische Agenda aufzwingen: Handel nur noch mit Staaten, die den Klimawandel- und CO₂-Eiertanz der EU mitmachen. Dass diese Sichtweise nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt auch der von der EU-Kommission vorgelegte Gesetzesentwurf „Notfallinstrument für den Binnenmarkt“, den ich in der Ausgabe 10 des „Blick auf Brüssel“ vorgestellt habe. Wie groß die politische Verlogenheit tatsächlich ist, macht eine Mitteilung der EU-Kommission vom November 2022 klar, in der die Verteilung von insgesamt 7,7 Milliarden Euro Hilfen bis 2024 an Drittstaaten, insbesondere afrikanische, karibische und pazifische Staaten angekündigt wird und zwar

ohne jegliche Bedingungen oder gar Prüfungen, die man den EU-Unternehmen aufbürdet.

AfD stimmt für die Bürger

Zumindest was den neuen, grünen Imperialismus angeht, wird man gar grässlich aus den bereits oben angedeuteten Gründen scheitern. Schaden dagegen wird man – fast ist man versucht zu sagen: in altbewährter Manier - nur der eigenen Wirtschaft und Bürgern. Nur wir, als Ihre AfD-Delegation im EU-Parlament, sagen, „keine Kompetenz den Inkompetenten“ und haben daher in der Plenarsitzung am 19. April 2023 geschlossen als einzige deutsche Delegation gegen diesen Generalangriff auf unseren Wohlstand gestimmt.



Keine Kompetenz den Inkompetenten!



Foto: Didier Bauweraerts

Dr. Sylvia Limmer, MdEP:

- Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- Unterausschuss für öffentliche Gesundheit
- Sonderausschuss zu den Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie und Empfehlungen für die Zukunft (Sprecherin der Fraktion)
- Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
- Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Biologische Vielfalt, Jagd und ländlicher Raum
- zuständig für Bayern und Thüringen

E-Mail: sylvia.limmer@europarl.europa.eu
 Telefon: +32 2 28 453214



SOZIALPARTNER: STÄRKUNG DURCH



Viele Jahre lang habe ich die Interessen meiner ehemaligen Arbeitskollegen in einem Betriebsrat vertreten. Deshalb weiß ich aus eigener Erfahrung, wie wichtig Sozial- und Tarifpartnerschaften in einer Sozialen Marktwirtschaft sind. Diese Partnerschaften sind ein zentrales Element für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sowie für angemessene Lohn- und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Die jeweiligen Sozialpartner kennen die branchenspezifische Situation der Betriebe und Mitarbeiter am besten. Erfahrungsgemäß sind die Sozialpartner darum in der Lage, verlässliche Rahmenbedingungen in Tarifverträgen auszuhandeln.

Was viele Arbeitnehmer nicht wissen, ist, dass die Sozialpartnerschaft in Form der Sozialdialoge auch auf EU-Ebene existiert. Diese Sozialdialoge erfolgen entweder

zweigliedrig, also nur zwischen den Sozialpartnern, oder dreigliedrig, unter Einbeziehung der EU-Institutionen. Diese Sozialdialoge sind entweder branchenübergreifend und betreffen alle Sektoren oder sektoral – dann betreffen die Sozialdialoge nur bestimmte Branchen.

Zahl der Tarifbindungen sinkt dramatisch

Doch die Sozialdialoge stehen unter Druck. Immer weniger Menschen arbeiten in tarifgebundenen Unternehmen. So ist in der EU der Anteil der Arbeitnehmer, für die Tarifverträge gelten, von rund 66 % im Jahr 2000 auf etwa 56 % im Jahr 2018 gesunken. In Deutschland ist der Prozentsatz der Beschäftigten, die in Betrieben mit einer Tarifbindung tätig sind, zwischen 1990 und 2020 um fast 30 % gesunken.

Die Existenz aktiver Verbände macht Tarifbindungen im Sinne der

Arbeitnehmer wahrscheinlicher. Deswegen ist die sinkende Anzahl der Mitglieder in Arbeitnehmervereinigungen eine der Ursachen für den Rückgang der Tarifbindungen. 1991 waren rund 14 Millionen Beschäftigte in Deutschland in einem der beiden großen Arbeitnehmerverbände organisiert. Rund 30 Jahre später, im Jahr 2020, hatte sich diese Anzahl auf nur noch sieben Millionen halbiert.

Auch die zunehmende, teilweise selbst verschuldete, realpolitische und organisatorische Schwäche der Arbeitnehmervertretungen hat in bedeutendem Maße zur Erosion der Tarifbindung geführt. Doch die Hauptursache für abnehmende Tarifbindungen ist der Strukturwandel. So nimmt beispielsweise, gesamtwirtschaftlich gesehen, die Industrie an Bedeutung ab, während der Dienstleistungssektor an Bedeutung gewinnt. Viele neu ge-

AUTONOMIE UND FREIHEIT!

von Guido Reil



Foto: Shutterstock

gründete Unternehmen lehnen Tarifbindungen ab. Und die von der EU und der aktuellen deutschen Bundesregierung betriebene Politik der De-Industrialisierung unter dem Deckmantel von „Klimaretung“ beschleunigt diese Entwicklung der abnehmenden Tarifbindungen rasant.

EU ignoriert nationale Erfahrungen

Es ist also geradezu bigott, wenn gerade die EU vorgibt, die Sozialdialoge stärken zu wollen, obwohl sie durch ihre Politik die Industrieabwanderung befeuert. Im Januar schlug die EU-Kommission sowohl eine Ratsempfehlung zur Stärkung der Sozialpartner auf nationaler Ebene, als auch Maßnahmen zur Stärkung des Sozialdialogs auf EU-Ebene vor.

Auf Kosten der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten ergreift die EU

immer mehr sozialpolitische Regulierungsinitiativen, die von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen – ohne Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gepflogenheiten und Erfahrungen. Dadurch wird die Rolle der Sozialpartner in den Mitgliedstaaten von der EU auf Dauer massiv beschädigt. Der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zufolge führt die EU-Kommission zwar Konsultationen durch, doch die Erkenntnisse, Hinweise und Ratschläge nationalstaatlicher Sozialpartner an die EU spiegeln sich kaum in den Vorlagen der EU-Kommission wider.

Wie üblich, stimmt die Mehrheit der Altparteien im EU-Parlament für eine zentralistisch gesteuerte Politik, mit noch mehr Regulierung und noch mehr den Menschen abgepresstem Steuergeld zur Umverteilung. So meint beispielsweise die

Mehrheit der EU-Abgeordneten, ein EU-Fonds zur Förderung des sozialen Dialogs sei absolut erforderlich.

Ignoranz der Ampel schwächt Arbeitnehmer

Ohne die Wurzel des Problems anzugehen, versucht auch die deutsche Politik immer wieder, durch Regulierungen die Tarifbindung zu stärken. So schlug 2014 die Bundesregierung zur Stärkung der Tarifbindung das Tarifautonomiestärkungsgesetz vor. Der schleichende Erosionsprozess der Tarifbindung hielt aber auch nach 2015 an. Im Westen ging die Tarifbindung der Betriebe zwischen 2015 und 2020 um 3 Prozentpunkte auf 28 % zurück und im Osten um 2 Prozentpunkte auf 19 %.

Im Mai 2023 hat die Ampelkoalition einen Gesetzesentwurf zur „Tariftreue“ vorgeschlagen. Demnach darf der Bund nur noch Waren

und Dienstleistungen bei Unternehmen bestellen, die sich an Tarifregeln halten, also etwa an Vorgaben zum Lohn, zum bezahlten Jahresurlaub oder zur maximalen Arbeitszeit.

Doch gleichzeitig unterminiert die Ampel-Regierung die Tarifautonomie und das System der Tarifvereinbarungen in der Sozialpartnerschaft. So erhöhte im Juni 2022 die Bundesregierung den Mindestlohn, ohne dabei die eigentlich zuständige Mindestlohnkommission – die sozialpartnerschaftlich besetzt ist – einzubeziehen.

Das Nicht-Einbeziehen der Sozialpartner ist eine weitere Politisierung der Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns, die das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen untergräbt. Dieser Eingriff der Ampel schadet dem System der Tarifvereinbarungen mit der Sozialpartnerschaft massiv und schädigt schlussendlich hauptsächlich die Arbeitnehmer. Wenn ein Teil der Arbeitnehmer seine Lohn-erhöhung aufgrund eines Regierungsdiktates ohne Einbeziehung der Sozialpartner erhält, warum soll ein Arbeitnehmer dann noch Mitglied in einer Vertretung bzw. ein Arbeitgeber noch Mitglied in einem tarifschließenden Arbeitgeberver-

band sein? Der Zentralverband des Deutschen Handwerks stellt fest: „Der ohnehin tendenziell zurückgehenden Tarifbindung in Deutschland wird damit ein Bärendienst erwiesen und die Sozialpartnerschaft strukturell weiter geschwächt“.

Alternative Organisationsmodelle für Arbeitnehmer

Statt auf Regierungszwang zu setzen und in die über Jahrzehnte eingespielten Kompetenzen der Tarifparteien einzugreifen, sollten auch alternative, neue und bessere Modelle der Arbeitnehmerorganisation geschaffen werden. Die Stärkung der Tarifbindung soll mit neuem Schwung und neuen Methoden von Arbeitnehmern ausgehen und nicht von der Regierung verordnet werden. Dies macht den Weg frei für erfolgreiche Sozialpartnerschaft, ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, mehr Lohn für Arbeitnehmer in Zeiten horrender Inflation und motiviertere Mitarbeiter für Arbeitgeber in Zeiten des Fachkräftemangels!

Sozial ist: Steuern und Abgaben senken!

Deutsche Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehören zu den am höchsten besteuerten Bürgern in der EU.

Trotzdem steigt die Steuer- und Abgabenlast, auch inflationsbedingt, immer weiter an. Obwohl die staatlichen Steuereinnahmen steigen, verwaarloosen unsere Schulen, Kindergärten, Altenwohnheime, Krankenhäuser, Infrastruktur und ganze Stadtteile zunehmend. Sozialismus belohnt faule Menschen, gibt dem Staat zu viel Zuständigkeit und zerstört Wohlstand. Marktwirtschaftliche Systeme mit niedrigeren und gerechteren Steuersätzen belohnen fleißige Menschen und schaffen Wohlstand und Wachstum.

Deshalb müssen Steuern und Abgaben in Deutschland gesenkt werden. Speziell niedrige Einkommen müssen massiv entlastet werden, damit sich Arbeit wieder lohnt. Dafür sollten sich die Sozialpartner einsetzen und gemeinsam mit uns als AfD Druck auf Ampel-Regierung und EU machen! Zukunft wird nicht durch zentralistische Umverteilung geschaffen, sondern durch eigenverantwortliche Leistungsbereitschaft, die sich auch lohnen muss. Nur so sind Freiheit, Wettbewerb und Wohlstand für alle Bürger möglich. Gemeinsam mit Ihnen als einsatzbereitem Bürger und mündigen Wähler können wir das schaffen. Werden auch Sie jetzt aktiv!



Foto: privat

Guido Reil, MdB:

- Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
- Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Künstliche Intelligenz und Digitalisierung
- zuständig für Nordrhein-Westfalen

E-Mail: guido.reil@europarl.europa.eu

Telefon: +32 2 28 45845



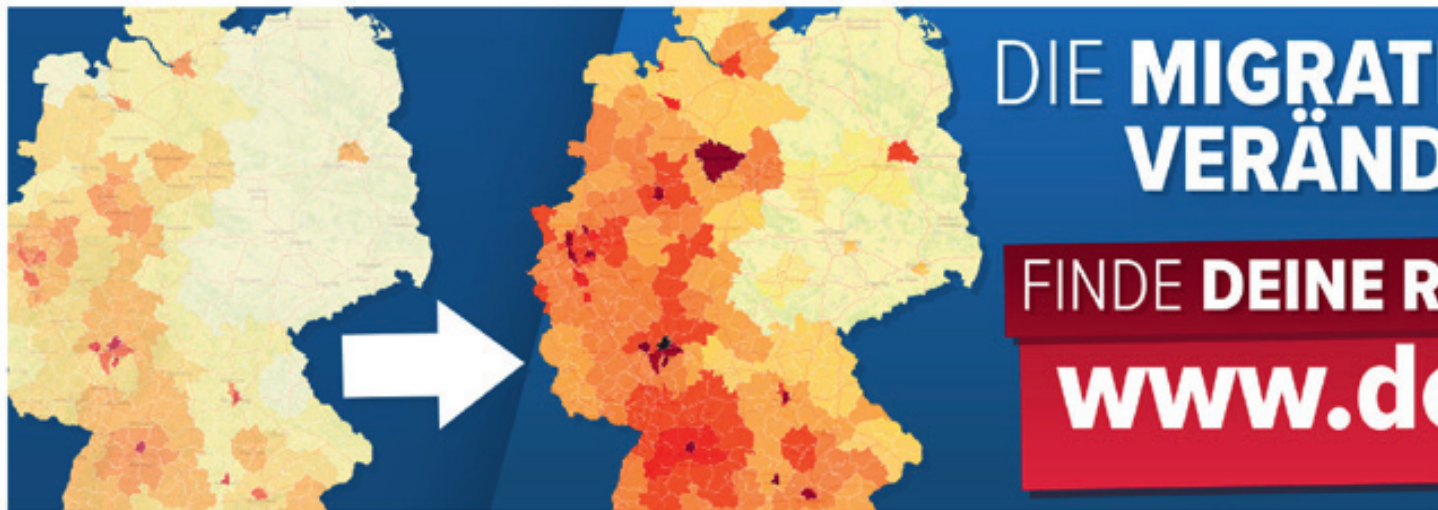
JETZT KOSTENLOS JEDEN BLICK_AUF BRÜSSEL ZUSCHICKEN LASSEN!

Einfach QR-Code scannen oder online
unter: <https://blickaufbruessel.eu/abo/12/dl>



DER BEVÖLKERUNGSUSTAUSCH IN DEUTSCHLAND -

von Bernhard Zimniok



Wer heutzutage wissen will, ob die Freibad-Saison bereits begonnen hat, muss keinen Blick mehr auf das Thermometer werfen oder sich die Öffnungszeiten des örtlichen Schwimmbades zu Gemüte führen. Es reicht völlig aus, die Nachrichten zu verfolgen. Eine Massenschlägerei mit 30 Beteiligten im Freibad von Pankow in Berlin hier oder mit 40 Beteiligten in Mannheim da, sexuelle Belästigungen durch eine Gruppe junger Männer in Mönchengladbach oder in Stuttgart – man kommt kaum hinterher bei all den Berichten über in Freibädern verübte Straftaten. Was sie alle gemein haben, ist die Täter-Klientel, die zu relativieren sich Journalisten und Altparteien gleichermaßen zur Aufgabe gemacht haben. Der Klimawandel sei schuld an den seit Jahren zunehmenden Gewaltexzessen in den Vergnügungsbädern der Republik, hat man letzten Sommer

gar zu hören bekommen – wenig verwunderlich mit dem WDR von einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt.

Der Elefant im Raum

Doch jeder Bürger, der ohne Scheuklappen durch die einstmals deutschen Innenstädte flaniert und angesichts der auch dort um sich greifenden Gewalttaten bestenfalls mit der Hand am immer griffbereiten Pfefferspray in der Tasche, weiß den Elefanten im Raum längst zu identifizieren: Es ist die Massmigration aus bestimmten Kulturkreisen, die diese Entwicklungen bedingt. Die demographische Entwicklung Deutschlands ist bei einem solchen Spaziergang nicht zu übersehen, wird jetzt aber erstmals auch all denjenigen vor Augen geführt, die ihr Haus nur noch mit meterdicken Scheuklappen verlassen, um sich nicht der unangenehmen

Wirklichkeit stellen zu müssen. Ich habe das Projekt www.demografie-europa.eu ins Leben gerufen, wo ich durch vom Statistischen Bundesamt erworbene Datensätze die demographische Entwicklung Deutschlands in Bezug auf den Migrationshintergrund in einer interaktiven Karte dargestellt habe. Aufgeschlüsselt nach Alters- und Geschlechtskohorten und ausdifferenziert nach Landkreisen wird nun jedem die dramatische Entwicklung Deutschlands schonungslos vor Augen geführt. Der einst als Verschwörungstheorie gebrandmarkte Bevölkerungsaustausch wird dadurch zur mit dem Auge erkennbaren Realität. Insbesondere die Kohorte der Kinder unter 16 Jahren (siehe Bilder) verdeutlicht die dringende Notwendigkeit zum Handeln, ersetzen diese die autochthonen Deutschen doch bereits in einem schwindelerregenden Tempo.

- UND WIE WIR IHN NOCH ABWENDEN KÖNNEN

IGATIONSKRISE
BERT ALLES.



IDENTITÄT &
DEMOKRATIE

REGION:

emografie-europa.eu



Karte spiegelt volle Härte nicht wider

Obwohl die interaktive Karte lediglich die Entwicklung zwischen den Jahren 2005 und 2019 darstellt, damit nur einen Zeitraum von 14 Jahren abdeckt und die in den letzten Jahren nochmals spürbar angezogene Massenmigration in unser Land nicht einmal einbezieht, wird damit auch dem letzten Migrationsfetischisten bewusst: Es ist bereits 10 nach Zwölf. Dass in dieser Statistik nur als Person mit Migrationshintergrund zählt, wer entweder ohne deutsche Staatsangehörigkeit geboren ist oder mindestens einen Elternteil hat, der zum Zeitpunkt der Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, kommt erschwerend hinzu.

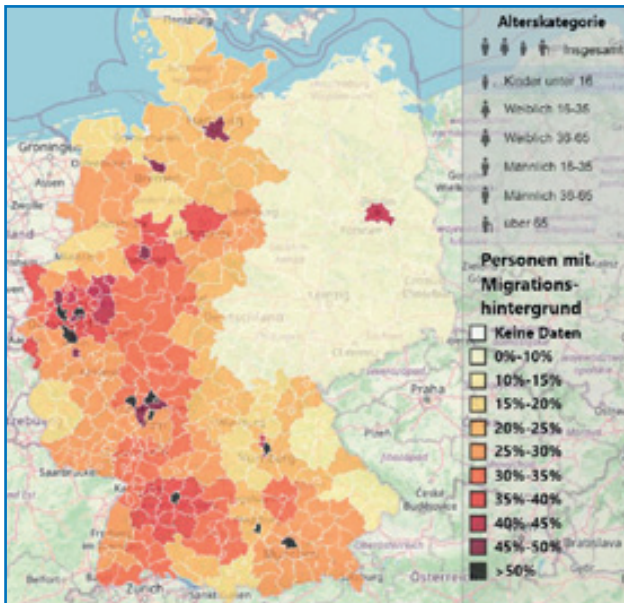
Wenn wir nicht zur Minderheit im eigenen Land werden und damit die Entscheidungshoheit darüber verlieren wollen, müssen wir umge-

hend handeln. Welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um diese dramatischen Entwicklungen zu stoppen und umzukehren, die das Überleben unserer Nation, unserer Kultur, unserer Identität und unseres Volkes bedrohen, habe ich in einer kürzlich veröffentlichten Broschüre mit dem Titel „Die Migrationskrise beenden: Ein Konzept zur Rettung Europas“ ausführlich dargelegt.

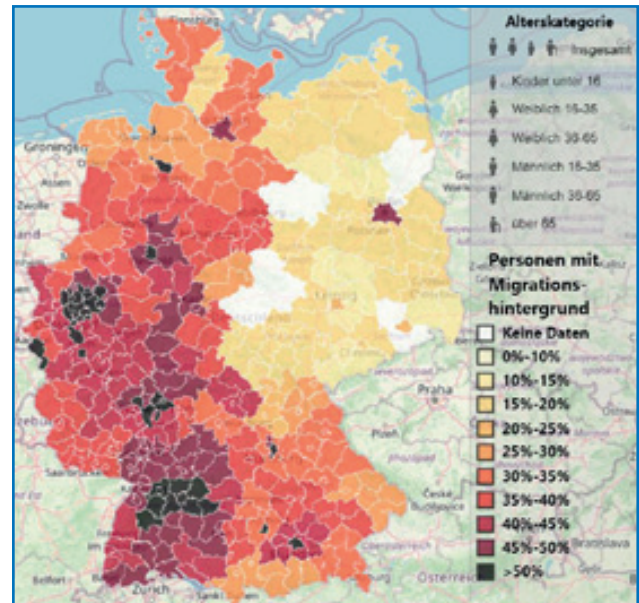
Wir brauchen eine Migrationswende

Zwingende Voraussetzung für die Rettung unseres Landes ist eine 180°-Wende in der Migrationspolitik, begonnen mit einem strikten Aufnahmestopp und einer massiven Abschiebeoffensive. Kein einziger Asylbewerber darf mehr einen Fuß nach Europa setzen. Bedeutet das, dass wir tatsächlichen Flüchtlingen keinen Schutz gewähren wollen? Keineswegs. Nur eben nicht in Eu-

ropa. Der Fokus muss auf der Hilfe vor Ort liegen, wobei zwischen Kriegsflüchtlingen und individuell Verfolgten unterschieden werden muss. Wer vor Krieg flieht, sollte zunächst in davon nicht betroffenen Landesteilen Schutz suchen, wo ihn die internationale Gemeinschaft entsprechend unterstützt. Sie sorgt für Schutz, Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung gemäß des im Land vorherrschenden Standards. Weitet sich der Krieg auf das gesamte Land aus, müssen die Nachbarländer die Aufnahme der Flüchtlinge gewährleisten, natürlich ebenfalls unterstützt von der internationalen Gemeinschaft. Sobald der Krieg in einer Region des Herkunftslandes absehbar langfristig beendet ist, ist eine Rückkehr in diese verpflichtend. Es gibt keine direkte finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge.



Unter 16-Jährige mit Migrationshintergrund im Jahr 2005



Unter 16-Jährige mit Migrationshintergrund im Jahr 2019

Lösung: Kulturnahe Unterbringung

Individuell Verfolgte werden in einem kultur- und sprachnahen Partnerland untergebracht, ihre Integration durch entsprechende Programme unterstützt. Wer diese verweigert und sich auch nach einer Starthilfe nicht selbst finanzieren kann, verliert jegliche Unterstützung und kann aus dem Partnerland abgeschoben werden. Auch gibt es kein Recht auf Familienzusammenführung im Partnerland, so lange der Lebensunterhalt der Familienmitglieder nicht selbst finanziert werden kann. Das Non-Refoulement-Prinzip, das die Rückführung in Länder untersagt, in denen unmenschliche Behandlung, Folter oder gar die Todesstrafe drohen, darf keine Rolle mehr spielen, wenn die Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts oder jenes der Familie nicht selbst erbracht wird. Integration in die Kultur des Partnerlandes ist in erster Linie eine Bring-, keine Holschuld!

Die Vorteile sind offenkundig: Die Betroffenen finden nahe der Heimat Schutz, können nach Entfallen des Fluchtgrunds rasch zurückkehren oder sich im Aufnahmeland leichter integrieren. Die Massenmigration unter dem Deckmantel Asyl entfällt, es wird also nur noch tatsächlich Verfolgten Schutz gewährt. Die Kosten für die internationale Gemeinschaft werden durch die Unterbringung vor Ort massiv gesenkt, auch entfallen all die dramatischen Folgen für die Aufnahmeländer in der EU (Kriminalität, demographische Entwicklung, Plünderung der Sozialsysteme usw.). Nicht zuletzt werden dadurch die Todeszahlen im Mittelmeer und auf dem Weg dahin durch die Wüsten mittelfristig auf Null gesenkt. Niemand wird Tausende Dollar bezahlen, um am Ende wieder zuhause zu landen. Dass dieser Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik auch durch Aufklärungskampagnen entsprechend in den Herkunftsländern verbreitet werden muss, versteht sich von selbst.

Weitere Maßnahmen

Natürlich gibt es noch viele weitere Maßnahmen, die komplementär dazu umgesetzt werden müssen: Die Abschaffung des Klagerechts für Asylbewerber, die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen, das Herabsetzen der Hürden für Abschiebungen auch bei minder schweren Straftaten, Integrationsmaßnahmen forcieren usw. Eine detaillierte Auflistung würde hier jedoch den Rahmen sprengen.

Alle Informationen dazu finden Sie in meiner Broschüre unter: <https://bernhard-zimniok.de/die-migrationskrise-beenden-ein-konzept-zur-rettung-europas>

WIE STOPPEN WIR DIE MASSEN- MIGRATION?

IDEEN KONZEPTE LÖSUNGEN

Welche Maßnahmen müssen wir ergreifen, um die Schicksalsfrage Migration endlich nachhaltig zu lösen?

Diese und weitere spannende Fragen finden Sie in meiner neusten Publikation beantwortet - kostenlos bestellbar unter

bernhard.zimniok@ep.europa.eu

oder online abrufbar unter

www.bernhard.zimniok.de/publikationen



ZUR BROSCHÜRE



Bernhard Zimniok, MdEP:

- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
- Entwicklungsausschuss (Sprecher der Fraktion)
- Untersuchungsausschuss zum Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware
- Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe Christen im Nahen Osten
- zuständig für Bayern und Mecklenburg-Vorpommern

E-Mail: bernhard.zimniok@europarl.europa.eu

Telefon: +32 2 28 45772



BESUCHEN SIE UNS IM EU-PARLAMENT!



Foto: iStockphoto

Sie wollen wissen, was im EU-Parlament eigentlich los ist? Und was die EU mit Ihnen zu tun hat? Sie wollen gemeinsam mit anderen mündigen, kritischen Bürgern an einer Reise teilnehmen und die Welt des EU-Parlaments kennenlernen? Sie wollen mit Ihrem Abgeordneten persönlich ins Gespräch kommen und mehr über seinen Einsatz für seine Wähler erfahren?

Dann kontaktieren Sie doch einfach den für Ihr Bundesland zuständigen EU-Abgeordneten (siehe Infokasten), vereinbaren einen Termin und laden Sie zu dieser Reise Ihre Freunde, Verwandten, Bekannten, Kollegen, Schüler, Studenten oder Ihren Kreisverband ein:

Bundesland:	Abgeordneter:	E-Mail:
Hessen	Christine Anderson	christine.anderson@europarl.europa.eu
Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen	Gunnar Beck	gunnar.beck@europarl.europa.eu
Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland	Markus Buchheit	markus.buchheit@europarl.europa.eu
Berlin, Brandenburg, Hamburg	Nicolaus Fest	nicolaus.fest@europarl.europa.eu
Sachsen, Sachsen-Anhalt	Maximilian Krah	maximilian.krah@europarl.europa.eu
Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein	Joachim Kuhs	joachim.kuhs@europarl.europa.eu
Bayern, Thüringen	Sylvia Limmer	sylvia.limmer@europarl.europa.eu
Nordrhein-Westfalen	Guido Reil	guido.reil@europarl.europa.eu
Bayern, Mecklenburg-Vorpommern	Bernhard Zimniok	bernhard.zimniok@europarl.europa.eu

Sehr gerne können auch Vereine, Unternehmen und Organisationen im Rahmen ihres jährlichen Ausfluges das EU-Parlament in Straßburg oder Brüssel besuchen. Je nach Stand der Regelungen von Seiten des EU-Parlaments kann Ihre Besuchergruppe anteilig aus Mitteln des EU-Parlaments finanziell bezuschusst werden. Die Reisekosten verringern sich in diesen Fällen auf einen Selbstbehalt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Der für Ihr Bundesland zuständige Abgeordnete freut sich, Sie über das EU-Parlament und seine Aufgabe - den Willen seiner Wähler zu repräsentieren und den EU-Machphantasien einen Riegel vorzuschieben - persönlich zu informieren. Dazu gehören auch Informationen zu aktuellen EU-Themen und das Gespräch über soeben beschlossene und anstehende EU-Vorhaben, wodurch Prozesse, Zusammenhänge und die allgegenwärtige Hinterzimmer-Politik der EU besser erkannt werden. Darüber hinaus eröffnen wir Ihnen die Möglichkeit verschiedene Räumlichkeiten und den Plenarsaal des EU-Parlaments zu besichtigen.

Einen Termin finden:

Ein Besuch im EU-Parlament in Straßburg oder Brüssel ist grundsätzlich von Dienstag bis Donnerstag möglich. Bitte beachten Sie, dass sich die Abgeordneten nur während der Plenartagungen in Straßburg aufhalten, die in der Regel einmal im Monat von Montag bis Donnerstag stattfinden. Wenn die Abgeordneten nicht für Plenartagungen in Straßburg sind, befinden sie sich entweder aufgrund der Ausschusssitzungen und Fraktionssitzungen in Brüssel, oder arbeiten vor Ort in Deutschland. Die jeweiligen Daten können Sie dem Sitzungskalender entnehmen. Um eine reibungslose Planung und Abwicklung der Reisegruppe zu gewährleisten, sollten Sie mehrere Monate vor dem geplanten Besuchstermin per E-Mail beim für Ihr Bundesland zuständigen Abgeordnetenbüro (siehe Infokasten) Kontakt aufnehmen. Denn es muss ein gemeinsamer Termin gefunden werden, Ihre Gruppe muss mindestens 6 Wochen vorher bei den Diensten des

EU-Parlaments angemeldet werden und die nötigen Reservierungen sind vorzunehmen.

Die Anmeldung:

Sobald ein Termin ausgewählt wurde, benötigt das für Ihre Gruppe zuständige Abgeordnetenbüro für die Anmeldung einige grundlegende Informationen, unter anderem, ob sich in Ihrer Gruppe Kinder unter 14 Jahren, Rollstuhlfahrer und Teilnehmer mit eingeschränkter Mobilität befinden. Das muss bei der Anmeldung Ihrer Gruppe angegeben werden. Eine ungefähre Teilnehmerzahl sollten Sie zu diesem Zeitpunkt ebenfalls schon nennen können, wobei Ihre Gruppe aus mindestens 20 Teilnehmern bestehen sollte. Beachten Sie bitte, dass auch bei einer frühzeitigen Terminanfrage die endgültige Terminbestätigung seitens der zuständigen Parlamentsdienste erst vier bis sechs Wochen vor dem Besuchstermin erfolgt. Vor diesem Zeitpunkt ins Auge gefasste Termine können also nicht verbindlich zugesagt werden, und auch bei den gewählten Uhrzeiten kann es noch zu Verschiebungen kommen. Erst nach der Bestätigung der Raumreservierungen bitten wir Sie, eine vorgefertigte Liste mit Namen, Adressen und Geburtsdaten aller Teilnehmer auszufüllen.

Der Besuch im EU-Parlament:

Die Mitarbeiter des für Ihr Bundesland zuständigen Abgeordnetenbüros reservieren für Ihre Gruppe einen Raum, in dem Ihr Abgeordneter ungestört vortragen, berichten und Sie mit ihm diskutieren können. Im Vorfeld besuchen Sie meist mit einem Mitarbeiter des Abgeordnetenbüros das Parlamentarium - ein Besucherzentrum des EU-Parlaments.

Es bietet Ihnen bereits vor dem Parlamentsbesuch die Möglichkeit, sich mit der Geschichte der EU, der Funktionsweise des EU-Parlaments und vielen weiteren Themen auf eine interessante und unterhaltsame Art und Weise auseinanderzusetzen. Während Ihres Besuchs ist mindestens ein Mitarbeiter aus dem für Sie zuständigen Abgeordnetenbüro bei Ihrer Gruppe.

Nach Ihrem Besuch:

Nach Ihrem Besuch schickt Ihnen das für Ihre Gruppe zuständige Abgeordnetenbüro die Erinnerungsfotos zu. Mit Ihrer Teilnahme an einer Reisegruppe erklären Sie sich damit einverstanden, dass erstellte Bild- und Tonaufnahmen (Fotos, Videos, usw.) für die Öffentlichkeitsarbeit der Alternative für Deutschland im EU-Parlament verwendet werden.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und wünschen eine gute Anreise, Ihre AfD-Delegation in der Fraktion Identität & Demokratie im EU-Parlament

FOLGEN SIE UNS AUF:



www.facebook.com/AfDimEUParlament



<https://www.youtube.com/afdimeuparlament>



<https://www.instagram.com/afdimeuparlament/>



<https://twitter.com/AfDimEUParl>



<https://www.tiktok.com/@afd.eu>



<https://t.me/afdeu>





IDENTITÄT & DEMOKRATIE

Fraktion Identität & Demokratie im EU-Parlament (gegründet 2019)

Fraktionsvorsitzender: Marco Zanni (Lega, Italien)

1. stellvertretender Fraktionsvorsitzender: Jordan Bardella (RN, Frankreich)

2. stellvertretender Fraktionsvorsitzender: Dr. Gunnar Beck (AfD, Deutschland)

Das EU-Parlament wird alle fünf Jahre gewählt. Nach dem Brexit sitzen in ihm 705 Abgeordnete, davon 96 aus Deutschland. Die Abgeordneten verteilen sich auf sieben Fraktionen. Eine Fraktion muss aus mindestens 25 Abgeordneten bestehen, die aus sieben oder mehr EU-Mitgliedstaaten kommen. Die AfD ist Teil der Fraktion Identität & Demokratie, der insgesamt 62 Abgeordnete aus acht Staaten angehören. Auch der französische Rassemblement National, die italienische Lega, die österreichische FPÖ und viele weitere patriotisch-freiheitliche Parteien sind in der Fraktion Identität & Demokratie vereint. Das ist der beste Beleg dafür, dass Patrioten aus allen Teilen der EU auf internationaler Ebene zusammenarbeiten können.

Wir verteidigen die Freiheit, unser christlich-abendländisches Erbe und die Souveränität der Nationalstaaten. Wir stehen für eine schlanke und starke EU, die sich auf ihre Kernkompetenzen beschränkt und nur dort handelt, wo es nötig ist. Wir streiten für ein Europa freier Vaterländer, die ihre Identität und Demokratie schützen. Eine multikulturelle Migrationspolitik und offene Grenzen lehnen wir ab. Das ist unsere Vision für eine bessere Zukunft.

Mitglieder der Fraktion Identität & Demokratie:

	AfD (Alternative für Deutschland)		Deutschland	9 Abgeordnete
	Lega		Italien	25 Abgeordnete
	RN (Rassemblement National)		Frankreich	18 Abgeordnete
	VB (Vlaams Belang)		Flandern	3 Abgeordnete
	FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs)		Österreich	3 Abgeordnete
	SPD (Svoboda a přímá demokracie)		Tschechien	2 Abgeordnete
	DF (Dansk Folkeparti)		Dänemark	1 Abgeordneter
	EKRE (Esti Konservatiivne Rahvaerakond)		Estland	1 Abgeordneter



Foto: iStockphoto

BLICK AUF BRÜSSEL jetzt im Abo kostenlos nach Hause bestellen: <https://blickaufbruessel.eu/abo/12/dl>

Kontaktanschrift/Hrsg.:

Blick auf Brüssel / ID Group

ID Meeting Room Press Service – ZWEIG 01L034

Wiertzstraat 60 – B-1047 Brüssel

V.i.S.d.P.: Joachim Kuhs, MdEP (kommissarischer Delegationsleiter)

Kontakt: abo@blickaufbruessel.eu – Stand: Juli 2023